



Propriety of the Erich Fromm Document Center. For personal use only. Citation or publication of material prohibited without express written permission of the copyright holder.

Eigentum des Erich Fromm Dokumentationszentrums. Nutzung nur für persönliche Zwecke. Veröffentlichungen – auch von Teilen – bedürfen der schriftlichen Erlaubnis des Rechteinhabers.

Kopp_K_2015

Hart an der Grenze Zur Lage der Menschenrechte von Schutzsuchenden an den Außengrenzen der EU

Karl Kopp

„Hart an der Grenze. Zur Lage der Menschenrechte von Schutzsuchenden an den Außengrenzen der EU“, in: *Fromm Forum* (Deutsche Ausgabe – ISBN 1437-0956), 19 / 2015, Tübingen (Selbstverlag), S. 10-12.

Copyright © 2015 by Karl Kopp, Europa-Referent von Pro Asyl, Postfach 160624, D-60069 Frankfurt am Main.

Gergishu Yohannes hat sehr eindrücklich den real existierenden Zustand europäischer Flüchtlingspolitik beschrieben: Es geht um Tote, es geht um Abschottung. Schon seit 20 Jahren sprechen wir von der „Festung Europa“. Ich bin nun schon lange im Asylbereich tätig und schon seit den frühen 90er Jahren hören wir praktisch täglich von Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlingen, von sehr viel Gewalt und leider müssen wir uns auch viel zu oft mit hetzerischen Debatten auseinandersetzen. Da gab es Hoyerswerda und wir konnten live im Fernsehen die Ereignisse in Rostock mitverfolgen. Ich denke, vielen von uns ist das noch sehr präsent. Und es bleibt in den Knochen. Es waren Tote zu beklagen. Man hatte damals den Eindruck gehabt, dass es kein Halten mehr gibt, wenn es darum geht, die Grenzen der Schämigkeit nach unten zu verschieben, auch von Seiten der politisch Verantwortlichen.

Pro Asyl, Amnesty International und andere Menschenrechtsorganisationen haben Anfang der 90er Jahre für die Beibehaltung der historischen Errungenschaft des Art. 16 Grundgesetz gekämpft, in dem es heißt „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.“. Dennoch kam es vor dem Hintergrund rechter Hetzkampagnen gegen Flüchtlinge in 1993 zur Einschränkung dieses Grundrechtes. Wir haben dafür gekämpft, Menschenrechtsstandards in Deutschland wieder herzustellen. Dabei haben wir heute sowohl eine deutsche, aber nicht zuletzt auch eine europäische Ausrichtung. Asylgesetze sind heute europäisches Recht. Gesetze im Asylbereich werden auf europäischer Ebene beschlossen. Und hier muss man leider feststellen, dass wir zwar europäische Asylgesetze haben, aber die Asylsuchenden faktisch von diesem Asylrecht ausgeschlossen sind.

Es gibt kein Asylrecht, wenn man nur unter Lebensgefahr irgendwann dieses Asylrecht erreichen kann. Wenn 20.000 Menschen innerhalb von 14 Jahren auf dem Weg zum Schutz, zur Menschenwürde sterben 23.000 nach neuesten Schätzungen seit dem Jahr 2000, dann ist klar, dass dieser Schutz nur noch auf dem Papier existiert. Wir haben die Genfer Flüchtlingskonvention, wir haben Gerichte, wir haben ganz viel Würde auf dem Papier bekommen. Wir haben auch mehr Europa bekommen, eine Stärkung des Europäischen Parlamentes. Aber die Realität sieht so aus: Dieses Papier, diese Menschenrechts-Konvention, wird in der Realität nicht umgesetzt. Mehr als 20.000 Tote in 14 Jahren, das Mittelmeer als Massengrab. Da kann man noch so viel verkünden, da ist klar: Es geht nicht um Menschenrechte, es geht auch nicht um ein Modell für



Menschenrechtsentwicklungen in anderen Ländern, nein, dann ist klar, die Menschenrechte sterben oder werden sozusagen versenkt in der Ägäis, im Atlantik, im Mittelmeer.

Wir haben lange Zeit nur über europäische Flüchtlingspolitik geredet, wenn wir Tote gesehen haben oder ein überladenes Flüchtlingsschiff. Das ist aber nur ein kleiner Anteil von Menschen, die nach Europa kommen. In den letzten 5 Jahren sind 150.000 Schutzsuchende mit Booten nach Europa gekommen über die Ägäis, das Mittelmeer, den Atlantik. Die Ursachen sind Kriege und Bürgerkriege. Wir reden von Syrien, von Libyen, wir hatten eine Iran-Krise, es gab auch in Mali Probleme und in Zentralafrika. Es gibt viele Probleme ziemlich nahe an Europa. Es gibt Tausende, die an den Außengrenzen Europas warten. Wir reden über Menschen, die viel Leid erfahren haben, die dafür herhalten müssen, diese europäische Debatte drastisch zu veranschaulichen.

Ich war heute in Hamburg und habe einen Flüchtling aus Afghanistan getroffen, der seine Ehefrau und die Kinder zu sich holen wollte. Diese waren auf einem Flüchtlingsboot, das am 20. Januar auf dem Weg von der Türkei nach Griechenland von der griechischen Küstenwache aufs Meer zurückgedrängt wurde und kenterte. Die Ehefrau und drei seiner Kinder verloren dabei ihr Leben. Die Überlebenden dieser Katastrophe, die immer noch in Athen sind, beschrieben den Hintergrund dieser Tragödie. Vor einer griechischen Militärinsel enterte die griechische Küstenwache das Boot bei stürmischer See. Frauen und Kinder waren unter Deck. Die griechische Küstenwache hat das Boot mit großer Geschwindigkeit zurückgezogen in Richtung Türkei. Im europäischen Jargon heißt dies „Push-Back“, d.h. man versucht die Boote in Gewässer anderer nicht-europäischer Staaten zurückzudrängen. Das sind völkerrechtswidrige Menschenrechtsverletzungen. Sie finden tagtäglich statt. Bei dieser Aktion ist alles schief gegangen!

Man geht nicht davon aus, dass die Leute ertrinken. Aber irgendwann ist das Seil gerissen, dann hat man noch mal gezogen und dann ist das Boot schnell untergegangen. Die drei Frauen und die acht Kinder konnten sich nicht mehr retten. Die Überlebenden haben ihre Version, die Küstenwache sagt, es war eine Rettungsaktion, die ist ein bisschen schiefgelaufen. Es gab keine Rettungswesten, man hat auch nicht versucht, die Kinder vorher auf das Küstenwache-Schiff zu bringen. Die Überlebenden baten darum, wenigstens die Toten zu bergen. Diese Aktion hat sechs Wochen gedauert. Die griechischen Behörden haben das Schiff zunächst nicht gefunden, weil zufälligerweise vorher das GPS der Küstenwache ausgefallen ist. Dann hat man überlegt, ob man das Schiff bergen kann. Nach vier Wochen konnte man einen Teil der Leichen bergen. Die Toten mussten identifiziert werden, Totenscheine ausgestellt werden, die Toten beerdigt werden. Wer zahlt die Kosten der Rücküberführung der Toten nach Afghanistan?

Die Überlebenden, die Familien haben gesammelt, viel Geld gesammelt, um dann nach zwei Monaten völlig entstellte Körperteile, zerfressene Körperteile nach Afghanistan zu überführen. Keine staatliche Institution hat ihnen geholfen. Aber das ist der erste Schritt für das Weiterleben. Jetzt wollen sie Gerechtigkeit. Sie würden gern verhindern, dass andere Menschen ihr Leben verlieren. Sie wünschen, dass es zu einem Prozess kommt und die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen werden, beispielsweise die griechische Küstenwache. Dann geht es darum, wie man die Überlebenden zu ihren Familien nach Hamburg holen kann. Dafür müssen die Familien Bonitätsprüfungen über sich ergehen lassen, sie müssen Verpflichtungserklärungen unterzeichnen, dass sie al-



le anfallenden Kosten übernehmen. Vielleicht schaffen wir es nach fünf bis sechs Monaten, vier Überlebende dieser Katastrophe legal nach Hamburg zu bringen.

So können wir nicht weitermachen! Dies ist mittlerweile Alltag im Asylbereich: sich mit den Katastrophen zu beschäftigen, mit den Toten, mit den Überlebenden, um die Überlebenden irgendwie wieder zurück ins Leben zu bringen. Das ist heute europäische Flüchtlingspolitik. Das hat nichts mit Schutz, nichts mit europäischer Flüchtlingspolitik, nichts mit Asylrecht zu tun. Vielmehr reden wir immer nur von der Vorstufe zum Schutz: Recht auf Leben, Recht auf Überleben, Recht auf Menschenwürde.

Als ich nach Hamburg gefahren bin, habe ich – und ich rede nur von einem kleinen Ausschnitt aus meinem Alltag – einen Anruf bekommen von einem Freund, den ich im Libanon kennengelernt habe. Ein junger syrischer Flüchtling. Er hat sich selbst nicht als Flüchtling bezeichnet, weil er eigentlich Künstler ist, der mit Künstlern in der ganzen Welt Theater machen will. Er hatte Angst zurückzugehen. Er kann nicht zurückgehen. Aber er hatte auch Angst im Libanon. Er wurde immer depressiver. Es ist auch schwer zu überleben unter einer Million syrischer Flüchtlinge. Wer kein Geld hat, muss betteln. Es ist schwierig, zu überleben. Er ging dann in die Türkei. Dort lebt auch eine Million syrischer Flüchtlinge. Nachdem ich ihn bei einer Initiative in Istanbul untergebracht habe, hat er mich angerufen und gesagt: „Karl, ich bin jetzt in Griechenland.“ Ich war verwundert, denn er hatte noch eine türkische Handy-Nummer. Dies funktioniert nur im Flugzeug oder im Grenzgebiet. Er war noch im Wald in Griechenland an irgendeiner Grenze. Und er wurde schon einmal mit einer ganzen Gruppe zurückgewiesen, zurück geprügelt von der griechischen Grenzpolizei an der Landesgrenze. Über die Seenotrettung ruft man dann UNHCR, den Flüchtlingsrat und Dolmetscher, dass diese den griechischen Behörden übermitteln: „Wir wissen, dass diese zehn Menschen aus Syrien schon auf griechischem Hoheitsgebiet, schon auf europäischem Territorium sind. Ihr dürft sie nicht zurückweisen!“ Das passiert tausendfach; jeden Tag: auf See, an Land. Manchmal gibt es Tote. Ich habe die Hoffnung, dass er vielleicht in einem griechischen Haftlager ist. Ich weiß es aber nicht! Nach nunmehr 36 Stunden habe ich noch nicht die Information, ob er diesmal heil in Griechenland angekommen ist.

Pro Asyl hat eine Studie herausgegeben, Amnesty International hat viele Berichte dazu gemacht, auch Human Right Watch und UNHCR, wo wir aufzeigen, dass systematisch Schutzsuchende aus Syrien, aus Afghanistan, aus Eritrea, aus Somalia an diesem Landstrich, an dieser Seegrenze zurückgeschickt werden. Das klingt noch sehr harmlos: „zurückgeschickt werden“. Schwer kranke Menschen, alte Frauen, die unmittelbar aus Bürgerkriegsgebieten geflohen sind, die werden als Willkommensgruß misshandelt, zum Teil gefoltert beim Aufgreifen, gerade junge Männer und junge Frauen. Jungen Männern wird vorgeworfen, sie seien Kapitäne auf einem Flüchtlingsschiff. Aber da gibt es keine Schlepper auf dem Boot, da gibt es nur Flüchtlinge, die werden in lebensbedrohender Art zurückgeschafft, auf dem Meer ausgesetzt ohne Bordmittel oder eben über den Fluss Evros gewaltsam nach kurzer Inhaftierung, die völlig rechtswidrig ist, und ohne Registrierung. Das ist Griechenland, aber das ist auch Europa. Alles was in Griechenland passiert, wird europäisch finanziert.

Auch in Griechenland ist die europäische Grenz-Agentur FRONTEX präsent. FRONTEX ist eine europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen Europas. FRONTEX unterstützt die europäischen Grenzschutzteams mit der Koordinierung von Einsätzen und technischem Know-how. FRONTEX analysiert, wo



die Flüchtlingsbewegungen besonders intensiv sind und wo die Grenzkontrollen gegen Einwanderung verschärft werden sollen. FRONTEX liefert die Intelligenz, macht Screening. FRONTEX ist überall dabei. FRONTEX ist vielleicht nicht direkt bei den europäischen Menschenrechtsverletzungen dabei, aber FRONTEX heißt: Deutscher Beamter, polnische Beamtin, dänischer Screener, der die Fluchtbewegungen an den Grenzen untersucht, britischer Dolmetscher usw. Auch das ist FRONTEX. FRONTEX schafft die Voraussetzungen für die Push-Backs. All diese Aktionen finden im Namen von Europa statt und werden von Europa finanziert unter den Augen europäischer Institutionen und Agenturen. Und in dem Kontext ist die europäische Verantwortung zu sehen. Auch das am 20. Januar gekenterte Flüchtlingsboot wurde mit Unterstützung von FRONTEX zurückgedrängt. Drei Frauen und acht Kinder kamen dabei ums Leben.

Alle wissen, dass es eine syrische Flüchtlingskrise gibt. Im letzten Jahr sind über zwei Millionen Menschen aus Syrien geflohen: in die Türkei, den Libanon, Ägypten, den Iran und andere Länder des arabischen Raums. Hier sind die Flüchtlingszahlen enorm angestiegen. Direkt an unserer Grenze leben eine Million syrischer Flüchtlinge: in der Türkei. Vor Zypern leben auch eine Million syrischer Flüchtlinge, nämlich 100 km weiter im Libanon. Dennoch gelang es Griechenland vom Jahr 2011 an mit 55.000 Zugängen die Zahlen drastisch zu senken: 2012 kamen noch ca. 34.000 Flüchtlinge über die Landgrenze am Evros. 2013 wurde die Landgrenze am Evros mit Hilfe von FRONTEX dicht gemacht; nur noch 200 Flüchtlinge schafften es, den Zugang nach Europa über die Landgrenze am Evros zu finden. Dagegen stieg die Zahl der Flüchtlinge, die über das Mittelmeer den Zugang nach Europa suchten, weil der Landweg verschlossen war. Deshalb gibt es auch mehr Tote im Mittelmeer.

Hier muss man über die Push-Backs sprechen. Man muss sich fragen, wie kommt das griechische Wunder zustande? Hier sind ganz viele Menschen. Wieso kommen die nicht nach Griechenland? Wieso gehen sie nach Libyen? Wieso reisen von Libyen über den gefährlichen Weg nach Italien mehr Menschen ein als über die 2 km von der Türkei nach Samos oder die 9 km von der Türkei nach Lesbos? An der Landgrenze im Evros-Gebiet wurde ein Grenzzaun errichtet, den tausende zusätzliche Beamte abschotten. Schutzsuchende müssen deswegen nach anderen, teils noch gefährlicheren Wegen nach Europa suchen. In der Ägäis kam es zu zahlreichen Todesopfern, da auch diese Möglichkeit, griechisches Territorium zu erreichen, durch sogenannte Push-Backs weitgehend verhindert wird. Deshalb versuchen immer mehr Flüchtlinge, von Libyen aus über den gefährlichen Seeweg nach Italien und damit nach Europa zu gelangen, statt den Weg von der Türkei nach Samos oder Lesbos zu nehmen.

Europa schaut zu, wie tausendfach brachial rambhaft an der griechischen Seegrenze zur Türkei Push-Backs erfolgen. Das ist europäische Flüchtlingspolitik. Es gibt Menschen, die sind fünf Mal zurückgeschlagen worden, die haben dann aufgegeben oder sind nach Libyen gegangen oder nach Ägypten. Das ist Ausdruck dieser europäischen Flüchtlingspolitik. Fakt ist deshalb, wenn wir heute über die Festung Europa reden, dass wir über die Toten, die Boote, über Haftlager an der griechischen Außengrenze, über schlimme Lager auf Malta und in Griechenland, jetzt auch in Bulgarien und in Ungarn reden müssen. All das ist europäisch normierte Politik der Abschreckung.

Das Unglück am 3. Oktober 2013 vor Lampedusa: Ihr habt überlebt und konntet nach Deutschland kommen. In der Regel sind wir nicht zuständig. Italien ist zuständig, da im Rahmen von Dublin II das Land zuständig ist, in dem ein Flüchtling erstmals europäi-



schen Boden betreten hat. Aber in Italien leben die Flüchtlinge unter menschenunwürdigen Lebensbedingungen, in der Regel auf der Straße. Deshalb versuchen Flüchtlinge, aus Italien nach Deutschland zu gelangen. Nur für Griechenland gibt es einen Abschiebestopp. Wer aus Bulgarien nach Deutschland flieht, aus diesem Elend, dem droht die Rücküberstellung nach Bulgarien, auch nach Ungarn wird abgeschoben. Deutschland sagt, wir sind nicht zuständig, sorry. Deutschland hat über 4000 Menschen aufgrund dieser Verordnung letztes Jahr in andere Staaten, nach Polen, nach Ungarn, nach Malta, nach Bulgarien, Italien etc. abgeschoben.

Aber es gibt auch Sternstunden in der europäischen Flüchtlingspolitik: So, als sich im Februar 2012 das alte Europa zu Wort gemeldet hat, – vielleicht das wahre Europa? –, in Form des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte in Straßburg, der gesagt hat: „Shame on you“. Italien wurde verurteilt, Gaddafi gab es schon nicht mehr, weil es 2009 tausendfach eritreische und somalische Flüchtlinge in die Folterlager von Gaddafi zurückgeschickt hat. Der EuGH für Menschenrechte hat in einem Urteil festgestellt, dass Menschenrechte auch auf hoher See gelten und Menschen nicht einfach ins Elend, in die Folter zurückgeschickt werden können. Der Einzelfall muss geprüft werden. Trotzdem wird sich der Club der 28 EU-Staaten mit vielfältiger Phantasie überlegen, wie sie an diesem Urteil vorbeikommen. So gibt es Überlegungen, mit Drittstaaten Abkommen zu schließen, damit diese die Flüchtlinge zurückbehalten. Diese Erfolge kommen immer spät. Sie können für die Zukunft Schaden abwenden, aber in der Zwischenzeit sind Tausende zu Opfern geworden. Das ist momentan sozusagen der Prozess, in dem wir uns befinden.

Aber ich denke schon, dass man heute viel mehr als 2009, viel mehr als 2003 den Tod bzw. das Sterben oder die Menschenrechtsverletzungen nicht von der Tagesordnung absetzen kann. Auch infolge der Katastrophen auf dem Mittelmeer gibt es heute intensive Debatten um die Konsequenzen der Festung Europa. Die Zivilgesellschaft muss Druck ausüben. Solange die Bevölkerung gleichgültig ist, machen die Politiker weiter wie bisher. Wenn wir eine andere Politik des Zugangs wollen, müssen wir darum streiten. Wir machen das bei den syrischen Flüchtlingen, wo wir sagen, wir wollen nicht, dass sie auf die Boote gehen müssen. Dies gilt auch für die Menschen aus Eritrea, die Somalier, Afghanen. Menschen aus Syrien und diesen drei Ländern sind maßgeblich auf den Booten. Wir wollen legale Wege: Familienzusammenführung, erweiterte Familienzusammenführung, wir wollen Resettlement, humanitäre Aufnahme aus den Flüchtlingslagern.

Es ist nicht von Gott gegeben, dass zwei Drittel der Menschheit ausgeschlossen sind von der Freizügigkeit. Wieso brauchen diese Menschen Visa? Sie bekommen kein Visum. Man kann sehr wohl im Rahmen der syrischen Katastrophe anfangen zu diskutieren, wie ein unbürokratischer Zugang gehen könnte. Alle wollen den syrischen Flüchtlingen helfen, aber die Hilfe kommt tröpfchenweise. Weil es tausend bürokratische Hindernisse gibt für die Einreise. Wir werden dieses Sterben nicht ändern mit kleinen humanitären Hilfen, mit wenigen Resettlement-Plätzen pro Jahr in Deutschland. Wir brauchen die Wiederherstellung der Menschenrechte an den Außengrenzen Europas. Dann könnten diese Menschen auf dem Landweg einreisen. Und wir brauchen natürlich viele Instrumentarien des legalen Zugangs für betroffene schutzbedürftige Flüchtlinge. Vor 1993 sind nicht tagtäglich Menschen gestorben auf dem Weg zum Asyl. Wir müssen uns fragen, was uns das Grenzregime wert ist. 20.000 Tote ist es nicht wert.



Propriety of the Erich Fromm Document Center. For personal use only. Citation or publication of material prohibited without express written permission of the copyright holder.

Eigentum des Erich Fromm Dokumentationszentrums. Nutzung nur für persönliche Zwecke. Veröffentlichungen – auch von Teilen – bedürfen der schriftlichen Erlaubnis des Rechteinhabers.

Wir müssen umsteuern: Weg von der Kriminalisierung, hin zur Sicherheit, gegen Schlepper, die dann keine Profite mehr machen können. In diese Richtung müsste man in Europa weiterdenken. Das ist nicht sonderlich revolutionär, aber es wäre ein erster Schritt zur Menschlichkeit.

Copyright © 2015 by Karl Kopp, Europa-Referent von Pro Asyl
Postfach 16 06 24, D-60069 Frankfurt am Main